

## Frauenwünsche zur Bevölkerungspolitik.

N. Berlin, 10. Juli. Der Ausschuss für Bevölkerungspolitik hat den Gesetzentwurf gegen die Verhinderung der Geburten in zweiter Lesung erledigt. Die verschiedensten Frauenvereine hatten sich mit Anträgen und Forderungen an den Ausschuss gewandt, daß die gegen das weibliche Geschlecht gerichteten Bestimmungen fallen mögen. Da alle diese Eingaben unberücksichtigt blieben, entstand der Wunsch, dem Ausschuss selber die Bedenken der Frauenwelt gegen dieses Gesetz vorzutragen. In einer inoffiziellen Sitzung ist dieser Wunsch erfüllt worden. Von Frauen nahmen an dieser Sitzung im Reichstagsgebäude teil: Marie Stritt, Katharina Scheven und Dr. Marie Kaufmann vom Deutschen Frauenstimmrechtsverband, Wally Jeyler, Dr. Maria Wygodzinski und Marie Juchacz von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Luise Fick von der unabhängigen Sozialdemokratie, außerdem drei Damen vom Evangelischen Frauenverein. Vom Ausschuss waren vier Sozialdemokraten anwesend, außerdem von jeder Partei ein Mitglied, auch ein Mitglied der Regierung nahm an der Sitzung teil. Dr. Quard hatte die Leitung. Um möglichst einheitlich vorzugehen, hatten sich, wie wir dem Bericht des „Vorwärts“ entnehmen, Frauenstimmrechtlerinnen und Sozialdemokratinnen vorher über bestimmte Richtlinien geeinigt. Sie erklären sich einverstanden 1. mit dem Verbot der Anpreisung und des Verkaufs von Mitteln und Gegenständen zur Beseitigung der Schwangerschaft, sowie des Anpreisens von darauf gerichteten Diensten, wenn auch in verschleierter Form; 2. mit dem Verbot der Herstellung, Einführung, des Verkaufs usw. gesundheitsgefährdender Mittel und Gegenstände zur Verhütung der Empfängnis; 3. mit dem Verbot des Hausierhandels mit Mitteln und Gegenständen zur Verhütung der Empfängnis, sowie Verbot der Automaten.

Dementprechend machten sie genaue Vorschläge zur Änderung bestimmter Paragraphen des Gesetzes und der dazu gehörigen Richtlinien. Was die Frauen wollten und wofür sie mit überzeugenden und Beweiskräftigen Argumenten eintraten, ist die Freigabe der unschädlichen Mittel für die Frauen zur Verhütung der Empfängnis. Sie erklärten sich mit den von dem Gesetzgeber angestrebten Endzwecken des Gesetzes einverstanden, bestritten aber ganz entschieden, daß dieser Zweck (gesunde Volksvermehrung) dadurch erreicht werden könne. Vielmehr fürchten sie in der Folge das Anwachsen der kriminellen Aborte und eine starke Entartung des Geschlechtslebens. Sie wollen, daß die Frauen die Möglichkeit haben sollen, sich mit unschädlichen Mitteln gegen die Empfängnis zu schützen, wenn dies aus gesundheitlichen, sozialen, ethischen oder persönlichen Gründen für sie nötig wird. Die einzelnen Rednerinnen behandelten die Frage vom ärztlichen, sozialen, kulturellen und rein menschlichen Standpunkt aus. Die Vertreterin der Unabhängigen schloß sich den Richtlinien nicht an. Sie sprach aber ebenfalls gegen das Gesetz aus politischen und sozialen Gründen. Sehr bezeichnend war es, daß Gräfin Münster, Vertreterin des Evangelischen Frauenbundes, sich für ein unschädliches Frauenschutzmittel aussprach, wenn dieses dem Arzt in die Hand gegeben würde. Sie führte aus, daß sie sich unter Gewissensstrubeln setzen zu dieser Stellungnahme durchgerungen habe; sie beuge sich aber unter die Wucht der Verhältnisse.

Zum Schluß äußerte sich Frau Dr. Marie Baum noch zu dem ebenfalls zur Beratung liegenden Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Sie ist Spezialärztin für Haut- und Geschlechtskrankheiten und Assistentin der entsprechenden Abteilung in der königlichen Charité. Sie sprach sich ganz entschieden für den gesetzlichen Behandlungszwang geschlechtskranker Personen aus. Katharina Scheven, Schriftführerin der Abolitionisten (Bestrebungen zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution) sprach in sachkundiger Weise gegen die Kasernierung der Prostituierten; sie will Wohnungsvereinfachungen und unterstützt die Ausführungen Dr. Marie Baums; sie sieht in einem allgemeinen Behandlungszwang auch das Mittel gegen die gesundheitlichen Gefahren der Prostitution.

Die Mitglieder des Ausschusses fühlten sich in dieser Sitzung nur als Zuhörer. Sie traten mit Meinungsäußerungen wenig hervor, stellten aber an die anwesenden weiblichen Ärzte eine ganze Reihe sachlicher Fragen.